Nr. 183 — Jahrgang 19 Einzelnummer 0,10 Zł. Dienstag, den 7. November 1933

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zł. für die achtgespaltene Zeile, ausserhalb 0,15 Zł. Anzeigen unter Text 0,60 Zł., von ausserhalb 0,80 Zł. Bei Wiederholungen tarifliche Ermässigung.

Redaktion und Geschäftsstelle: Katowice, Dworcowa 11

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei in Polen

Abonnament: Monatlich 1,50 Złoty. — Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Katowice, Dworcowa 11, durch die Filiale Król. Huta, 3-go Maja 6, sowie durch die Kolporteure.

Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 1378

Verfassungsbruch in Danzig!

Ein Protest Rostings beim Senat erfolglos — Sofortiges Eingreifen des Völkerbundsrats gefordert — Verbot der freien Gewerkschaften — Verfassungswidriges Vorgehen gegen die Presse

Die sozialdemokratische „Volksstimme" und die Zentrums „Landeszeitung" haben an der Rede des Vicesenatspräsidenten Greiser vor der Polizei, in welcher die restlose Unterordnung unter nationalsozialistische Führung gefordert wurde, Kritik geübt, was ein Verbot beider Blätter zur Folge hatte. Nachdem das Verbot auf Intervention nicht aufgehoben wurde, wandten sich die Blätter an den Völkerbundskommissar, der vom Senat die Aufhebung des Verbots, infolge Verletzung der vom Völkerbund garantierten Verfassung, fordert, jedoch lehnte der Danziger Senat das Ansinnen Rostigs ab. Dieser hatte nämlich zugleich gegen die Rede Greisers Protest erhoben. Völkerbundskommissar wandte sich nun umgehend an den Völkerbund selbst und fordert sofortigen Zusammentritt des Völkerbundrats, damit dieser zum Danziger Verfassungsbruch Stellung nehmen könne.

Der nationalsozialistische Senat ist der Ansicht, dass die Presseverbote eine innere Angelegenheit Danzigs sind, die den Vökerbund nichts angehen. Inzwischen hat der Senat aus Furcht vor einem Streik, wegen des „Volksstimme"-Verbots, auch die „Freigewerkschaftliche Arbeiter-Vereinigung" verboten.

Sozialistischer Erfolg in Genf

Bei den Grossratswahlen in Genf, die am Sonnabend und Sonntag stattfanden, konnten die Sozialdemokraten ihre Mandatszahl von 37 auf 45 erhöhen. Die bürgerlichen Parteien verloren, zugunsten der nationalen Front, während die Kommunisten leer ausgingen. Man hat den Sozialdemokraten einen „Rückgang" nach den Zwischenfällen in Genf prophezeit, nun konnten sie 8 neue Mandate gewinnen.

Englische Bergarbeiter drohen mit Streik

In England haben die Bergarbeiter aus sehr naheliegenden Gründen die Errichtung eines sogenannten nationalen Lohnamtes gefordert. Da aber die Bergwerksherren naturgemäss dagegen sind, hat auch der Bergbauminister diese Forderung abgelehnt. Die Gewerkschaft der Bergarbeiter will sich nun an den Ministerpräsidenten wenden, wenn aber auch hier ihre Forderung keine Erfüllung finden sollte, so ist bestimmt mit einem Streik zu rechnen, sodass man nun auf den Ausgang gespannt sein kann. Hoffentlich bleibt den englischen Kumpels der letzte Schritt erspart.

Stabilisierung?

Der vagen Hoffnung, dass sich im Verlauf der Budgetberatungen irgendwelche Ueberraschungen ereignen werden, hat sich wohl kaum jemand hingegeben. Seit Jahren verlaufen die Sejmsessionen nach einem Programm, welches nur in der Herabsetzung des Budgets und im wachsenden Defizit seinen Ausdruck findet. Die Reden der Minister, aber auch der Opposition, gleichen sich den Verhältnissen an, und in dieser Beziehung, kann man sagen, hat sich unser staatliches Leben „stabilisiert". Allerdings wird da jeder seine eigene Meinung haben, die sich sehr weit von den Anschauungen massgebender Faktoren in unserem Staat unterscheidet. Gewiss, auch die Minister sind nicht so optimistisch, um zu sagen, dass es uns gut gehe, im Gegenteil, sie sind bestrebt, alle Lücken aufzuweisen, die die Krise mit sich bringt, aber eben weil sie Welterscheinung ist und es überall schlecht geht, haben wir uns mit dieser „Stabilisierung" abzufinden. Gewiss, gute Seiten sind auch aufzuweisen, wie dies die nationale Anleihe erwiesen hat, die Regierung hat ihren Erfolg bewiesen, sie hat alles getan, was im Bereich der Möglichkeit lag und nun heisst es abwarten, was uns die nächsten Monate bringen werden. Darin ist man sich im Regierungslager einig, dass wir die Stabilisierung in jeder Beziehung aufrechterhalten.

Wir haben schon gesagt, dass auch die Reden der Opposition keine andere Form annehmen, dass auch bei ihnen ausschliesslich die Erwartung spricht, und was sich inzwischen alles vollzog, davon haben eine Reihe von Prozessen Aufschluss gegeben, die indessen in keiner Hinsicht die Position des Regierungslagers schmälerten, im Gegenteil, die Abrechnungsbasis mit der Opposition, ist hier bedeutend erweitert worden. Die Regierung ist Herr der Lage, und es wird auch in Zukunft so sein. Das hat niemanden überrascht, ale der Minister am Schluss seines Exposees das Hauptgewicht auf die kommenden Sejmarbeiten legte und die Verfassungsreform in den Vordergrund stelllte. Seine Ausführungen waren in dieser Beziehung nicht misszuverstehen, das System, das heut in Polen die Macht führt, soll auch verfassungmässig fundiert werden. Zwar ist man noch nicht klar, wie hierfür die erforderliche Zweidrittelmehrheit im Sejm gefunden werden soll, aber das braucht auch nicht mehr Sorge der Opposition zu sein. Ueber das Verfassungsprojekt schweben ja auch noch die verschiedensten Ansichten, man hat nur Details aus der Rede Slaweks erfahren, und auch dieser gibt als massgebender Faktor nur Ausschnitte, die übrigen Ueberraschungen werden noch folgen, auf dem Wege zur kommenden Regierung der Elite. Und da bleibt wieder im Exposee ein Passus wichtig, niemandem dürfte es gelingen, in Polen je die Regierungsform, die nach der Verfassungsreform eintreten wird, zu beseitigen. Also auch in dieser Richtung ein Hinweis auf die Stabilisierung unserer politischen Verhältnisse.

Man braucht wohl über die Budgetrede des Finanzminister kein Wort zu verlieren, da ja auch die Opposition kaum neue Wege wir aufweisen können, was wirtschaftlich vorgeht, das bekommt jeder Bürger zu spüren und die Massnahmen, die in den letzten Wochen, bezüglich der Staatsbeamten und der Invalidenrentner, getroffen wurden, zeigen, dass die Stabilisierung Formen annimmt, die keinesfalls geneigt sind, die Staatsbeamten und die breiten Massen der Rentenempfänger zu beruhigen. Einstweilen haben wir nur die Reden der Minister und die Klagen der Opposition und dazu die rauhe Wirklichkeit, die ihre eigene Sprache redet und die in keinem Exposee der Minister Ausdruck findet. Hier heisst es, abwarten, ob der Optimismus berechtigt ist, ob die Wirtschaftsstabilisierung den Weg geht, den ihr die Minister wiesen, ob alles so bleibt, auch die stabilisierte politische Macht, die

Illegale Arbeit und das Genfer „Nein"

Der unterirdische Wahlkampf. Die Nervosität der Machthaber. Unerschrocken zur Demaskierung des Faschismus

Trotzdem es in Deutschland nur eine Partei gibt, die mit allen Machtmitteln den Wahlkampf beherrscht, ruht die illegale Arbeit der Sozialisten und Kommunisten nicht. In einer Reihe von Städten und insbesondere Berlin, sind Flugblätter verteilt worden, die gerade in Bezug auf die Propagandabroschüre Goebbels, das „Genfer Nein", die Situation ausnutzen und unter Berufung auf die Reichsregierung für ein Nein bei der Wahl eintreten. Das versetzte die Berliner Machthaber in einen solch nervösen Zustand, dass sie den Rundfunk missbrauchen und aufzuklären versuchen, dass das Nein Ja bedeuten soll. Die kommunistische Flugschrift ist massenweise in Berlin verbreitet, wo zum Nein gegen Hitler aufgefordert wird. Ehe sich ein Passant versieht, hat er eine solche „hochverräterische Schrift" in der Hand. Auch in Hamburg, Magdeburg, Köln sind von den Sozialdemokraten Schriften und Flugblätter „Fort mit den Henkern" verbreitet worden, die bei der Wahl für ein entschiedenes Nein eintreten. In Bayern hat die revoltierende SA ein Neinflugblatt mit dem Genfer Text verbreitet. Man sieht, der Marxismus ist trotz aller Unterdrückung, trotz Todesstrafe und Konzentrationslager auf dem Posten und wenn die Hitler, Goebbels und Goering die Wahlresultate nicht fälschen, so wird die Volksabstimmung eine deutliche Kundgebung mit dem Ausdruck: fort mit den Nazis sein!

Görings Furcht vor Dimitroff

In der Sonnabendsitzung des Reichstagsbrandprozesses in welcher Ministerpräsident Göring, als Zeuge vernommen wurde, kam es zwischen dem Letzteren und dem Angeklagten Dimitroff, als dieser an Göring unliebsame Fragen stellte, zu heftigen Ausfällen Görings. Das Wort „Gauner, die an den Galgen gehören", Gesindel, flogen nur so in der Rede des Morphinisten umher. Er schrie wie ein Rasender, „hinaus mit Dimitroff" und der Reichsgerichtspräsident Bünger verlor, ob des Tobens Görings, die Sprache, als der internationale Rechtsausschuss mit Gesindel bezeichnet wurde. Später wagte Bünger nicht einmal, Göring zu unterbrechen, Dimitroff wurde wieder aus dem Saal geführt. Die Zeugenaussage Görings war eine einzige Schimpfkanonade gegen die Kommunisten, und wenn es noch wirklich eines Beweises bedurfte, wo die Schuldigen sitzen, so hat Göring ihn erbracht, nämlich im Kreise der Nationalsozialisten. Was kommt es da auf einen Meineid in diesem Prozess mehr an?

Sarrauts Linksrutsch?

Vertrauensvotum mit 320 gegen 32 Stimmen. Stimmenthaltung der Sozialisten

Die Regierung Sarraut hat sich der Kammer am Freitag vorgestellt. Ministerpräsident Sarraut betont die Notwendigkeit der Finanzsanierung, gab indessen die Kürzung der Staatsbeamtengehälter auf, es soll der Versuch gemacht werden, durch Einsparungen bei verschiedenen Etats das Gleichgewicht des Budgets wiederherzustellen. In der Aussenpolitik will die Regierung den bisherigen Kurs weiter aufrecht erhalten und bemüht sein, den Frieden Europas zu sichern. Die Politik, gegenüber Deutschland, erforderte eine besondere Aufmerksamkeit, die internationale Lage müsse Frankreich in jeder Beziehung gesichert finden. Der Friedensvertrag gilt in seinem vollem Umfange, Genf ist nur eine Etappe der Sicherung des Friedens und will Frankreich, in Gemeinschaft der Vereinigten Staaten, Englands und Italiens, alles tun, um die Lage zu entspannen, wie sie nach dem Austritt Deutschland aus dem Völkerbund geschaffen worden ist. In der Abstimmung erhielt die Regierung mit 320 gegen 32 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen, die Sozialisten und eine Anzahl der Abgeordneten der Rechten, enthielten sich der Stimmen. Die Pariser Presse billigt die Haltung der Regierung, die Rechtskreise verurteilen Sarrauts Politik des Linkskurses und bezeichnen die Regierungserklärung als eine Fortsetzung der Politik Daladiers.

—•—

Arbeitsbeschaffung für den Henker

Zu den vielen Todesurteilen im Dritten Reich gesellt sich ein neues in Oels hinzu. Das Sondergericht hat den Angeklagten Gerber wegen angeblichen Mordes an dem SA-Mann Doktor zum Tode verurteilt. Fürwhr, Hitler schafft Arbeit für den Henker! Nie war die Tätigkeit dieses Berufes so erspriesslich, wie im Dritten Reich!

wie der Ministerpräsident zeigt, unabwendbar ist!? Wie gesagt, darüber wird uns erst die Zukunft Auskunft gebn. Einstweilen wiege sich der Regierungsblock in der frohen Hoffnung, dass er die Verhältnisse meistern wird, gemessen an den Erfahrungen, die ihm bisher in jeder Beziehung die Machtposition sicherten.

Man geht ja im Lande bereits auf eine Stimmungsprobe ein, indem die Wahlen zu den Selbstverwaltungskörperschaften in einer Reihe von Wojewodschaften getätigt werden. Das geht nach der Regierungsverordnung mit einer Raschheit vor, dass boshafte Zungen diesen politischen Akt, als „Blitzwahlen" bezeichnen, im Lodzer Bezirk liegen nur sechs Tage zwischen Ausschreibung und Wahl, und man wird sagen müssen, dass dies noch rascher geht, als es kaum jemand ahnen konnte. Dass unter solchen Umständen die Opposition ihren Willensausdruck nicht dokumentieren kann, ist verständlich, aber auch begreiflich, dass man dieses Stimmungsbarometer auch bei Neuwahlen zum Sejm anwenden wird, die bekanntlich gerüchtweise geplant werden, wenn die Verfassungsreform vollzogen ist. Die Regierung ist Herr der Lage, könnte man zum Abschluss des Exposee des Ministerpräsidenten sagen, und die Verhältnisse sind stabilisiert! Was dann kommt, das wissen die Götter und vielleicht auch die Führung des Regierungslagers, der gewöhnliche Sterbliche mag sich politische Rätsel aufgeben, deren Lösung allerdings bereits andere für ihn übernommen haben. Denn nach der bisherigen Verfassung geht die Regierung vom Volke aus!

Für Zusammenarbeit der Völker

Der Ministerpräsident über die Lage Polens. Hoffnungen auf normale Gestaltung
Die erste Budgedberatung. Im Zeichen der Verfassungsreform.

Nach siebenmonatigen Ferien trat am Freitag, den 3. November, der Warschauer Sejm zu seinen Budgetberatungen zusammen, die sich der grössten Aufmerksamkeit erfreuten, zumal der Ministerpräsident über die politische Lage Auskunft geben wollte. Nach Erledigung der üblichen Formalitäten, ergriff der Ministerpräsident das Wort, der in seinem innen- und aussenpolitischen Exposee der Hoffnung Ausdruck gab, dass, trotz der überaus gespannten politischen Lage der Welt, **ein neues Unheil, wieder Krieg, erspart bleiben werde.** Mehr als je, sei die Zusammenarbeit der Völker erforderlich, die Krise wirke sich in fast allen Staaten auf eine Schmälerung der Autorität des Staates aus. **Polen werde seine Mitarbeit nie versagen,** um die europäischen Verhältnisse einer Stabilisierung zuzuführen. Das politische und wirtschaftliche Programm der Regierung werde die Aufrechterhaltung des Budgetsgleichgewichts sein, ferner, die Stabilisierung des Złotys aufrecht zu erhalten und **Kapital für Investitionen flüssig zu machen, was zur Steigerung des Konsums und damit zur Wirtschaftsbelebung beitragen wird.** Die Hauptaufgabe der gegenwärtigen Session werde in der Durchführung der **Verfassungsreform** liegen, um das Programm des Maiumsturzes von 1926 durchzuführen, dass niemand mehr in der Lage sein werde, die Regierungsgewalt diesem System aus der Hand zu nehmen.

Hierauf ergriff der Finanzminister Zawadzki das Wort, der sich sehr eingehend mit dem Budget befasste und zunächst feststellte, dass der Haushalt im Gegensatz zum Vorjahr, eine Herabsetzung von 292,6 Millionen erfahren habe. Er beträgt in den Ausgaben 2 165 340 000 Złoty und in Einnahmen 2 117 652 880 Złoty, sodass ein **Defizit von Złoty** 48 788 460 entsteht, wozu noch das Defizit von diesem Jahre im Betrage von etwa 175 Millionen Złoty hinzukommt. **Weitgehende Sparmassnahmen und die Anleihe haben er der Regierung ermöglichst, die** Defizite zu decken, und der Finanzminister ist der Ansicht, dass eine Sanierung durchaus gelingen werde. Inzwischen habe die Bank Polski den Zinsfuss herabgesetzt, auch die Ermässigung der Tarife werde folgen, sodass durch die Wirtschaftspolitik der Regierung eine leichte Aufbesserung eintreten müsse. Die Finanzwirtschaft sei in jeder Beziehung gesund, die innere Krise ist jedenfalls überwunden.

Während die Regierungsanhänger den Ausführungen der Minister lebhafte Zustimmung zollten, waren die Redner der Opposition weniger freundlich gestimmt und unterzogen die wirtschaftlichen und politischen Vorgänge einer eingehenden Kritik, die ein wesentlich anderes Bild der Verhältnisse aufwiesen, als sie in den optimistischen Ausführungen der Minister zum Ausdruck kamen. **Auch die Vertreter der Minderheiten kamen zu Wort, die ihren Wünschen Ausdruck gaben,** wobei besonders auf die Zustände in Oberschlesien und in Ostgalizien hingewiesen wurde.

In den Abendstunden wurde dann das Budget mit der Regierungsmehrheit der Haushaltungskommission überwiesen, die am Sonnabend die Verteilung der Referate übernahm. Die Opposition beteiligt sich hieran nicht. Der Sejm ist auf einen Monat vertagt worden.

Mehr Geschlossenheit im Regierungslager?

Die vielgewünschte „Einigkeit" im politischen Lager, scheint besonders im Regierungsblock eine dringende Notwendigkeit zu sein. Bei der Sitzung, die der Sejmtagung voranging, erklärte der Führer des Regierungslagers, Oberst Slawek, dass die gegenwärtige Sejmsession im Zeichen der Verfassungsrevision und der Wahlen zu den Selbstverwaltungskörperschaften stehe. Aber sein dringender Wunsch sei, dass das Regierungslager, im Gegensatz zu den früheren Jahren, **mehr Geschlossenheit** aufzeigen müsse, wenn auf einen Erfolg gerechnet werden soll. Danach scheint es im Slawek-Block sehr schön herzugehen, wenn es schon so dringender Warnungen an die Regierungsanhänger bedarf.

PPS. nimmt an den Gemeindewahlen im Lodzer Kreise nicht teil

Die PPS. gibt bekannt, dass sie an Gemeindewahlen nur dann teilnehmen wird, wenn diese mindestens 14 Tage vor dem Termin ausgeschrieben werden. Der Zentralen Landabteilung der PPS. ist es unmöglich, die Wahlvorbereitungen in einer kürzeren Frist durchführen zu können, wie im Lodzer Kreise, wo die Wahlen in die Gemeinderäte mit einem 6-tägigen Termin ausgeschrieben wurden. Die Parteibehörden sehen in dieser Tatsache eine Benachteiligung der breiten Massen der Dorfbevölkerung, um so mehr, da der Wahltermin für die Stadtratwahlen einen Monat und länger beträgt. Aus diesem Grunde wird die PPS. an den Gemeinderatswahlen im Lodzer Kreise nicht teilnehmen.

Lebhafter Wahlkampf in Spanien

In Spanien hat der Wahlkampf den Höhepunkt erreicht. Alle Parteien entwickeln eine fieberhafte Tätigkeit, um die Anhänger bei guter Stimmung zu erhalten. Die Versammlungen der Klerikalen und Monarchisten erfreuen sich eines guten Zuspruchs, doch werden sie vielfach von den Republikanern gesprengt. Zahlreiche Zwischenfälle zwischen Sozialen und Anarchisten, Sozialisten und Reaktionären, aber auch mit den Republikanern, sind zu verzeichnen. Die Sozialisten entwickeln eine lebhafte Propaganda, die Kommunisten sind in den Hintergrund geraten. Man rechnet mit einem erfolgreichen Abschneiden der Sozialisten.

Zum ersten Mal werden auch die spanischen Frauen das Geschick ihres Landes mitbestimmen. Am 27. Oktober fand im Madriter Volkshaus die erste Wahlversammlung für die Frauen statt, an der namhafte Genossinen die Ziele der sozialistischen Partei erklärten. Der Saal war überfüllt, und die Frauen lauschten aufmerksam den belehrenden Worten der Führerinnen, die besonders gegen die wachsende Reaktion ihre Stimme erheben, zum Kampfe für ein freies Frauengeschlecht, gleichberechtigt in Familie und Staat.

Wie wichtig die Stimmen der spanischen Frauen sind, geht aus dem Zahlenverhältniss hervor, denn die Wahllisten enthalten 6 710 489 weibliche und 6 232 575 männliche Wähler. Hoffentlich haben die spanischen Frauen ihre Mission erkannt und helfen mit, den Arbeiterstaat Spanien zu schaffen.

Saarfront — Schwindel

Keine Spaltung der Sozialdemokratie

Wie überall, so ist es auch im Saarland gelungen, die bürgerlichen Parteien restlos gleichzuschalten, auch die Gewerkschaften mussten den „nationalen Einheitsrummel" mitmachen. Nur die Sozialdemokratie und die Kommunisten machten die Gleichschaltung nicht mit und kämpfen unerschrocken gegen den Hitlerterror an, haben auch eine freigewerkschaftliche Front geschaffen, die den Nazisten ein Dorn im Auge ist. Da die Sozialdemokratie in den letzten Tagen einige Hitlerspitzel der „Geheimen Staatspolizei" jenseits der Grenze entlarvt hat, so trägt man jetzt der Bevölkerung einen Schwindel vor, dass sich innerhalb der Saarsozialisten eine Spaltung vollziehe, indem zwei Gemeinderäte, die von Lieferungen der Stadt abhängig sind, aus der Sozialdemokratie ausgeschieden sind. Und das ist schon im Sinne der gleichgeschalteten Reichspresse, eine Spaltung? Wieviel Nazis als bezahlte Subjekte in den französischen Dienst inzwischen übergegangen sind, darüber schweigt sich die „nationale Front an der Saar" aus! Käufliche Verräter sind überall zu haben, kommt auch in der Sozialdemokratie vor, aber man erinnere sich nur an den Helden Schlageter, der in Oberschlesien nach zwei Richtungen gearbeitet hat, heute ist er fast ein „Nationalheiliger"!

Ueberfall auf bulgarische Bauernführer

Nach einer Versammlung der früheren Emigranten der Bauernregierung Stambuliński in Lom, überfielen die Nationalisten die früheren Minister Todoroff, Atasansoff, sowie den Abgeordneten Mitkoff, die schwer verletzt wurden. Es handelt sich um Regierungsanhänger, denen die politische Tätigkeit der früheren Bauernführer gefährlich erscheint.

DIE ZWANGSJACKE

JACK LONDON

15

Und es gab nichts zu tun, während meine Gedanken wirr in fruchtlosen Spekulationen liefen. Da waren zum Beispiel meine Nachweise von Pentose und Methyl-Pentose in Weintrauben und Wein, deren Studium ich meine letzten Sommerferien in den Weinbergen von Asti widmete. Ich hatte meine Experimente gerade abgeschlossen. Ob wohl ein anderer jetzt die Arbeit fortsetzt, dachte ich — und wenn, ob mit Erfolg?

Sie werden verstehen, dass die Welt für mich tot war. Keine Neuigkeit von draussen gelangte zu mir. Die Geschichte der Wissenschaft hat schnelle Füsse, und ich hatte Interesse für tausend Themen. Da war meine Theorie von der Hydrolysis von Kasein und Trypsin, womit Professor Walters in seinem Laboratorium arebitete. Professor Schleimer hatte ebenfalls mit mir zusammen an der Entdeckung von Phytosterol in der Vermischung tierischer und vegetabilischer Fettstoffe gearbeitet. Natürlich wurde die Arbeit fortgesetzt — aber mit welchen Ergebnissen? Der Gedanke an all diese Tätigkeit, die eben ausserhalb der Gefängnismauern erfolgte, und an der ich nicht teilnehmen und von der ich nie etwas hören sollte, war, um wahnsinnig zu werden. Und ich lag auf dem Fussboden in einer Zelle und spielte mit Fliegen.

Und doch war nicht nur Schweigen in meiner einsamen Zelle. Schon sehr bald merkte ich schwaches, leises Klopfen mit unregelmässigen Zwischenräumen. Aus der Ferne hörte ich auch Klopfen, noch schwächer und leiser. Immer wurden diese Geräusche durch die gereizten Rufe der Wärter unterbrochen. Bei einer Gelegenheit, als das Klopfen zu lange andauerte, wurden Hilfswärter gerufen, und aus dem Geräusch wurde mir klar, dass Männern die Zwangsjacke angelegt wurde.

Das war leicht zu erklären. Wie jeder Gefangene in San Quentin wusste auch ich, dass die zwei Männer in den Einzelzellen Ed Morrell und Jake Oppenheimer waren. Und ich wusste, dass es diese beiden waren, die einander mit den Knöcheln Worte und Sätze zuklopfen und dafür bestraft wurden. Dass der Code, den sie benutzten, ganz einfach war, bezweifelte ich nicht im geringsten, aber es dauerte doch viele Stunden, bis ich ihn lernte. Gott mag wissen, dass er einfach war, und doch wurde es mir unendlich schwer, ihn herauszufinden. Als einfach erwies er sich denn auch, als ich ihn endlich gelernt hatte; am allereinfachsten war der Trick, den sie anwandten und der mir so viel Kopfzerbrechen verursacht hatte. Nicht nur wechselten sie täglich den Buchstaben im Alphabet, bei dem der Code begann, sie wechselten ihn sogar bei jeder Unterhaltung, ja, oft sogar mitten in einer Unterhaltung. So fing ich eines Tages den Code beim richtigen Buchstaben an, verstand ganze zehn Sätze, und das nächste Mal, als sie miteinander sprachen, nicht einen Ton. Aber ich vergesse nie das erstemal, als ich verstand, was sie sagten!

„Nun — Ed — was — würdest — du — jetzt — für Zigarettenpapier — und — eine — Tüte — Bull — Durham — geben?" fragte der Entferntere von den beiden.

Ich hätte vor Freude beinahe laut geschrien. Hier hatte ich ja Gesellschaft. Hier hatte ich Leidensgefährten! Ich lauschte gespannt, u. der Nähere von den beiden. also Ed Morrell, antwortete: „Ich — nähme — gern — zwanzig — Stunden — Zwangsjacke — für — eine — fünf — Cent — Tüte."

Dann unterbrach der Wärter sie fauchend:

„Hör auf, Morrell!"

Man wird vielleicht meinen, dass man, wenn man einen Mann zu Einzelhaft auf Lebenszeit verurteilt hat, ihm schon das Schlimmste angetan hat, und dass ein Wärter deshalb kein Mittel hat, ihn zu zwingen, das Klopfen zu unterlassen. Aber er hat ja die Zwangsjacke! Und den Hunger! Und den Durst! Und die Prügel! Wahrlich, ein Mann in einer Einzelzelle ist hilflos.

In dieser Nacht hörte das Klopfen auf, u. als es wieder anfing, war ich ganz verwirrt. Bisher hatten sie es so gemacht, dass sie den Anfangsbuchstaben im Code wechselten. Aber den Schlüssel hatte ich doch gefunden, und im Laufe weniger Tage kam dasselbe System wieder, das ich erfasst hatte. Ich wartete nicht, sondern fing gleich an.

„Hallo", klopfte ich.

„Hallo, Fremder", antwortete Morrell, und von Oppenheimer kam: „Willkommen in unserer Stadt."

Sie waren neugierig, wer ich sei u. auf wie lange und warum ich verurteilt wäre. Aber alles schob ich beiseite, um zuerst ihr System mit Bezug auf die Veränderung des Anfangsbuchstabens zu lernen. Erst dann unterhielten wir uns. Es war ein grosser Tag — die zwei Lebenslänglichen waren drei geworden, wenn sie mich auch nur auf Probe aufnahmen. Wie sie mir lange nachher erzählten, fürchteten sie, ich könnte ein Spitzel sein. Das war nämlich früher schon vorgekommen, und Oppenheimer hatte teuer für das bezahlen müssen, was er dem Spitzel Direktor Athertons anvertraut hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Spiesser-Moral

Vor einigen Tagen spielte sich die christlich-polnische Presse zum Sitten- und Moralrichter auf, weil sich ein jugendlicher Sozialist nicht mit kirchlichen Ehren begraben liess, und schnell erfand man ein echt christliches Märchen hinzu, dass der geistliche Herr an seinen „Amtshandlungen" behindert worden sei. Und wie die bürgerliche Gesellschaftsordnung für solche Begriffe keine andere Antwort hat, als die Polizei und den Staatsanwalt, so ist sie sehr befriedigt, dass wenigstens die Polizei sofort ein Protokoll abfasste. Was kümmert es denn die täglichen Propheten des Christentums und der heutigen Moral, welche Ursachen solchen Vorkommnissen zugrunde liegen, es genügt ihnen ja, wenn sich die Polizei solcher Aufgaben annimmt, und für sie ist das erledigt. Für uns Sozialisten ist Religion eine innere tiefe Ueberzeugung der Menschenliebe und darin wollen wir keinen Unterschied sehen und drängen mit aller Kraft darnach, dass es auch in der Lebensgestaltung, ob reich oder arm, keinen Unterschied geben, dass niemand hungern und betteln soll, sondern jeder sein Dach überm Kopf und sein täglich Brot haben soll. Und wir glauben, dass nach der Lehre Christi, auch seine Nachbeter das Gleiche wollen, nur sind sie lieber bei dem Mächtigen aufgehoben, als ihr Los mit den Armen zu teilen. Wiederholt ist deshalb schon in unserer Presse dargelegt worden, dass, vom Standpunkt geschichtlicher Untersuchungen, Christus, der grosse Nazarener, der erste Sozialist war und der grösste Revolutionär seiner Zeit, erst die Kirchenlehre hat aus ihm einen Mythos erzeugt, aber nicht zum Wohle der Massen, die Christus als Anhänger hatte.

Aber nicht das ist es, was uns zur Niederschrift der folgenden Zeilen veranlasst. Warum kein kirchliches Begräbnis? Nun, starb da oder beging, besser gesagt, ein Arbeitsloser Selbstmord, arm, ohne Verwandschaft, die ihn christlich begraben könnte, wurde er einfach am Friedhof unter dem Zaun verscharrt. Ein Selbstmörder, warum soll er da erst die Gnaden der christlichen Moral geniessen! Er hat Hand an sich gelegt und wird verdammt, aber nur von der lebendigen Welt, denn nach den Bibelworten zu urteilen, werden viele vom Untergang kommen und das Reich Gottes, den Himmel, geniessen, während sehr viel der Verdammnis verfallen. die vorgaben, Gottes Stellvertreter zu sein. Nun, man hat besagten „Selbstmörder" unter dem Zaun begraben, schon eine irdische Strafe, ohne das Urteil Gottes abzuwarten, ohne zu wissen, ob man nicht im Himmel mit dem Uebeltäter doch einsichtiger verfahren wird und ihm die Gnade erweist, für alle irdischen Leiden ein besseres himmlisches Sein zu gewärtigen. Und wir wollen, nach der christlichen Nächstenliebe folgernd, doch annehmen, dass ihm das letztere Los beschieden sein wird.

Nun stürzte sich gerade einen Tag später ein bekannter Cafetier aus dem Fenster, also nach christlicher Moral auch ein Selbstmörder. Kein Urteil über ihn oder gar eine moralische Entrüstung. Wir Sozialisten sagen, Opfer dieser Zeit. Aber man sollte den kirchlichen Pomp wahrnehmen, mit dem er bestattet wurde, eine Messe wurde gelesen und ein schönes Grab, einen guten Platz, nicht unter dem Zaun, hat er erhalten, nicht, weil er besser oder schlechter war, als besagter Arbeitsloser, sondern, weil, nun, weil er Geld hatte, also bezahlen konnte, bezw. seine Angehörigen, und da sprach auch der Herr Pfarrer selbst am Grabe tröstliche Worte. wie es zur christlichen Moral gehört. Dort ein armer Teufel unter dem Zaun, ja, am gleichen Gottesacker, dort ein gleicher Mensch nur vermögend und nun der Unterschied in der Einstellung in beiden Fällen. seitens der Geistlichkeit. Es geht doch nichts über die Moral, wenn man sie sich etwas kosten lassen kann.

Und wir überlassen gern unseren Lesern das Urteil, warum wir auf eine solch bezahlte Moral als Sozialisten verzichten, warum wir lieber Christen nach göttlichen Gebot, als nach bezahltem Moralbegriff sind. Wer vertreibt durch eigene Taten die Gläubigen aus der christlichen Gemeinschaft, eine Preisfrage für Vikar Rak!

Der Strafprozess Witczak contra „Polonia"

In dem bekannten Prozess der „Polonia", in Sachen der Beschuldigung gegen den Abgeordneten Dr. Witczak, hat das Gericht den verantwortlichen Redakteur Skrzipczak zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen das Urteil ist Kassation angemeldet worden.

Warum nicht Verstaatlichung?

Energisches Vorgehen gegen die Kartelle. — Sicherung der Arbeiterrechte. — Der einzige Ausweg.

Vor einigen Wochen überraschte die Regierung breite Kreise der Bevölkerung mit der Auflösung des Zementkartells und führte sogar einen Prozess durch, der mancherlei Schattenseiten auf die Politik bestimmter Interessengruppen fall n liess. Aber das Urteil war bei weitem nicht so, dass die Hoffnung berechtigt wäre, dass der Kartellpolitik die Preistreibereien endgültig untersagt werden. Im Gegenteil, man beliess trotz Aufhebung des Zementkartells selbst, seine Exportstelle und auch die, von diesem getätigten Verträge sollen aufrecht erhalten bleiben. Ein Gebiet, auf dem nicht nur die Kartelle sündigen, sondern es sind ihnen auch Kreise behilflich, die eben diese Preispolitik auf das entschiedenste verurteilen. Inzwischen jagen die Nachrichten die widerlichsten Erscheinungen im kapitalistischen System Da treibt eine Verwaltung eine gefährliche Devisenpolitik zum Nachteil der Staatsfinanzen, dort wieder werden Werke eingestellt, trotz aller gesetzlichen Bestimmungen. Hier und da zeigt die Regierung eine energische Hand, lässt Verhaftungen durchführen und Urteile vollziehen, als wenn man wirklich dem bankrotten Kapitalismus an den Kragen wollte. Aber bei genauer Untersuchung ergibt es sich, dass plötzlich die Regierung vor ihrer eigenen Gesetzgebung halten muss, weil das Privateigentum als ein unantastbares Recht in der Verfassung garantiert ist.

So sehr die Regierung gewillt ist, den breiten Massen zu zeigen, dass sie vor keinerlei Massnahmen zurückschreckt, um Recht und Ordnung auch gegenüber den Notleidenden zu schaffen, so sehr müssen ihre Massnahmen enttäuschen, wenn man Staatskontrolle über die kapitalistische Wirtschaftsform bei Aufrechterhaltung der heutigen Gesetzgebung durchführen kann. Es gibt kaum eine zweite Regierung, die auf Grund ihrer Vollmachten grössere Freiheiten in den, zu treffenden, Massnahmen hat, als unsere heutigen Staatsmänner, und doch schrecken sie vor den Entscheidungen zurück, wenn es gilt, freie Hand gegenüber den Finanzmagnaten zu behalten. Gewiss ist die Regierung dem Ausland gegenüber verpflichtet, aber im Verlauf der Wirtschaftskrise hat es sich gezeigt, dass gerade das Auslandskapital keinerlei Rücksichten auf die Landesverhältnisse nimmt, sondern einfach Betriebe schliesst, Werke stillegt, wenn in der nächsten Zeit keine Aussicht besteht, aus dem investierten Kapital ausreichende Gewinne zu ziehen. Boshafte Zungen behaupten, dass gerade stillgelegte Werke oft grössere Gewinne abwerfen, als wenn sie im Betrieb sind und zwar nicht an der Produktion, aber an den Steuern, die sie dem Staat schulden. Hier ist eine Lücke im Gesetz, dass sich der Staat nicht durch Enteignung für seine Forderungen schadlos halten kann. Zwar ist ein erster Versuch gemacht, indem man Grund und Boden für rückständige Staatsforderungen übernehmen kann, aber bezüglich der Industriebetriebe fehlt ein solches Dekret.

Es vergeht wohl kaum eine Gewerkschaftstagung oder eine Regierungskundgebung, in welcher nicht gegen die freie kapitalistische Wirtschaft Protest erhoben wird. Die Arbeiterschaft hat in zahlreichen Resolutionen der Erwartung nach Verstaatlichung der Betriebe, insbesondere der Schlüsselindustrie Ausdruck verliehen, aber da rührt sich leider nichts, da scheint die Regierung noch nicht entschlossen zu sein, durchzugreifen, die Verstaatlichung, im Interesse des Volksganzen, vorzubereiten. Manche Ueberraschung könnte sich der Staat ersparen, wenn er den Mut hätte, die Verstaatlichung der Betriebe in sein Programm zu setzen. Gewiss nicht nach dem Muster der heutigen Monopole, weil leider deren Preispolitik der Gefahrenpunkt für die Preisgestaltung der Industrie sind, wohl aber in einer weitgehend vorbereiteten Planwirtschaft, die manche Krisengefahren für die Zukunft beheben könnte. Unsere Wirtschaft ist noch zu gering entwickelt, als dass man eine Aktion nach Roosevelts Muster unternehmen oder wagen könnte, aber schon die Androhung der Verstaatlichung, würde in der Grossindustrie Massnahmen hervorrufen, die dem Staat sehr zweckdienlich wären.

Volksbundjugend vor Gericht

31 Verurteilungen von 7 bis 10 Monaten. — Insgesamt 18 Jahre und 10 Monate Gefängnis. — Sofortige Abführung der Verurteilten. — Volksgemeinschaftsredakteur Dziura zu 5 Monaten Gefängnis und 1000 Zloty Geldstrafe verurteilt.

Wegen der bekannten Vorfälle in Siemianowitz, wo es zwischen Polizei und deutscher Jugend im September zu Zwischenfällen kam, hatten sich am Sonnabend 31 Angehörige der Volksbundjugend zu verantworten. 25 Angeklagte wurden aus der Untersuchungshaft vorgeführt, 6 Angeklagte befanden sich auf freiem Fuss. Die Angeklagten bestreiten jede Schuld und behaupten, von der Polizei provoziert worden sein. Im Verlauf der Verhandlungen, in denen 17 Zeugen vernommen werden, stellen die Polizeibeamten fest, dass die Angeklagten provokatorische deutsche Lieder gesungen haben, und als sie zur Ruhe aufgefordert wurden, sich auf die Polizei stürzten, ihnen die Kleider und Riemen beschädigten, ausserdem Körperverletzungen erlitten. Der Staatsanwalt beantragte harte Strafen, worauf nach kurzer Zeit das Gericht für die drei Hauptangeklagten Grzyb, Pogrzeba und Stružyna zu je 10 Monaten, für die übrigen 28 Angeklagten zu je 7 Monaten Gefängnis, das Urteil aussprach. Da Bewährungsfrist nicht bewilligt wurde, sind, trotz des Antrags der Verteidigung, die Angeklagten aus dem Gericht sofort ins Gefängnis abgeführt worden.

※

Am gleichen Tage hatte sich auch der Verantwortliche der „Deutschen Volksgemeinschaft", Ernst Dziura aus Zawodzie, wegen Verherrlichung der Terrorakte in Siemianowitz, sowie Angriffe auf die Polizei, zu verantworten. Das Gericht verurteilte Dziura zu 5 Monaten Gefängnis und 1000 Złoty Geldstrafe. Der Angeklagte bat weinend um eine milde Strafe und versicherte, dass er nie wieder verantwortlich zeichnen und sich auch nie wieder mit Politik beschäftigen werde.

Ein Regierungskommissar für die Interessengemeinschaft

Im Zbsammenhang mit der Verhaftung des Buchhaltungsdirektors bei der Interessengemeinschaft der Kattowitzer A. G., der Bismarckhütte und der Laura- und Königshütte, sind bei den Verwaltungen der besagten Werke umfassende Haussuchungen durch die Behörden durchgeführt worden, wobei Material beschlagnahmt wurde, welches auf Finanzmanipulationen hinweist. Die Villa des früheren Direktors der „Martha"-Hütte, Sabass, soll versiegelt worden sein. Die Vertreter Flicks, Generaldirektor Schärff, befindet sich in Beuthen, Direktor Rohde in Moskau und Direktor Thomalla in Berlin. Polnische Blätter wollen wissen, dass sich die Regierung mit der Absicht trage, einen Regierungskommissar in die Interessengemeinschaft zu entsenden

Deutsches Theater Katowice

Der Wildschütz

Komische Oper in 3 Akten von Albert Lortzing

Aus dem Reigen der bekannten und beliebtesten Lortzing-Opern ragt gerade der „Wildschütz" insofern heraus, als seine Partien grosse Anforderungen an die Darsteller haben und auch das Orchester eine beachtliche Leistung zu erbringen hat. Der Text ist bekanntlich nach einem Kotzebuschen Lustspiel verarbeitet, und wenn man bedenkt, dass die Erstaufführung im Jahre 1845 stattfand, so muss man sich über die Frische und Munterkeit des Ganzen wundern, weil noch heute grosse Vorliebe für dieses Werk besteht, trotzdem der Inhalt uns mitunter etwas fade erscheint. Aber der köstliche Humor und der feine Zug von Ironie, insbesondere auf die Schöngeisterei, vor allem aber die gefälligen Melodien, sind es, die das Werk lieb und wert erhalten.

Die Aufführung im Stadttheater war in allem ein Meisterstück. Erich Peter beherrschte seine Musiker in jeder Partie und brachte schon die Ouvertüre geradezu prächtig heraus. Jedenfalls hat das Orchester den Löwenanteil am Gelingen des Abends. Genau so wohlgelungen, und deshalb besonders genannt, klangen die Chöre, ein Faktor, der eben in der Oper nicht fehlen darf und diesmal besondere Anerkennung verdient. Von den Einzelsängern kann nur das Beste gesagt werden. Es fällt wirklich schwer, die Palme des Erfolgs gerecht zu vergeben, jeder sang und spielte ausgezeichnet, die Duette und mehrstimmigen Partien boten musikalische Perlen. Wolfgang Wolf und Hilde Gerresheim, das Grafenpaar, verkörperten, jedes auf seine Art, die Leute der damaligen „grossen Welt" recht gut und erbrachten stimmlich hervorragendes, desgleichen Christoph Neuland und Maria Gyenes, die „unerkannten" Geschwister, in jedem Fall Musterleistungen. Otto Pflugradt war ein Schulmeister bis aufs I Tüpfelchen und sang famos. Sein Gretchen fand in Lo Tischer eine ebenso anmutige, wie sangeskundige und temperamentvolle Darstellerin, Hilde Bach und Alfred Golla zeigten in kleineren Rollen gutes Können. Haindls Bühnenbilder hatten Geschmack, Dr. Müllers Regie klappte.

Der Beifall war herzlich und bestens verdient, aber der Besuch hätte reichlicher sein können.

ak.

Auf zur

Antifaschistischen Kundgebung!

in Katowice, Donnerstag, den 9. November, abends 7½ Uhr im Centralhotel
in Königshütte, Sonntag, den 12. November, nachmittags 5 Uhr im Volkshaus
Mitwirkende: Arbeitersänger, Arbeiterjugend, Rote Rotte. Ref. Gen. Kowoll
Erscheint in Massen, sorgt für gute Beteiligung aller roter Kämpfer!

Provokation durch Lohnkürzung

Streik der Dreher in Bismarckhütte. — Wer sein Recht verteidigt, ist Kommunist.

Dass der Arbeiter sich in der heutigen Krise viel gefallen lassen muss, ist eine alte Sache, aber dass er eine 50-prozentige Lohnkürzung, ohne mit der Wimper zu zucken, hinnehmen muss, ist denn doch ein bischen zu viel des Guten, und es ist wohl sein gutes Recht, sich seinen schon kargen Lohn nicht schmälern zu lassen. So legten die Bohrrohrdreher der Bismarckhütte schon anfangs der vergangenen Woche aus diesen Gründen die Arbeit nieder und verharren im Streik. Das passt natürlich den Arbeitgebern nicht, und so behauptet die Betriebsleitung, dass dieser Streik politisch und von Kommunisten angezettelt ist. Anstatt also Verhandlungen zu gflegen und wenigstens den Versuch zu zeigen, dass man die Lohndifferenzen aus der Welt schaffen will, wird zwar verhandelt, aber — wegen Entlassung der Streikführer. Demnach macht sich der Arbeitgeber die ganze Sache sehr leicht, denn wenn der Arbeiter um sein bischen Lohn kämpft, was gewiss nicht so leicht ist, wird er einfach als „Kommunist" gestempelt und damit basta. Und dies natürlich auch von den Behörden. Denn eine 50 prozentige Lohnkürzung ist scheinbar für die Arbeiter noch ein besonderes Gnadengeschenk! — Nachdem sich also die Belegschaft zur Wehr setzte, kündigten Aushänge ihre Entlassung an und die sofortige Neueinstellung von 100 Drehern. Die Bismarckhütter Arbeiter sind zwar allerhand „Nettigkeiten" vonseiten ihrer Verwaltung gewöhnt, aber diesesmal schlug es doch dem Fass den Boden aus. Man kann nun gespannt sein, welches Ende dieser Lohnkampf nehmen wird!

Schiedsgerichte für Tarifstreitigkeiten

Der Staatspräsident hat eine neue Verordnung erlassen, welche die Einführung von Schiedsgerichten zur Regelung von Tarifstreitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Handel und Industrie vorsieht. Hiernach kann der Ministerrat ungeschlichtet gebliebene Streitigkeiten, welche allgemeine Wirtschaftsinteressen bedrohen, einem ausserordentlichen Schiedsausschuss überweisen. Zu diesem Ausschuss werden drei Mitglieder von den drei zuständigen Ministerien berufen und ausserdem eine gleiche Anzahl von Schöffen aus der Wahl der beteiligten Parteien. Weigern sich diese letzteren, Schöffen zu entsenden, so entscheidet der dreigliedrige Ministerialausschuss. Die Verhandlungen werden geheim geführt und der Bruch ihrer Vertraulichkeit mit Strafen belegt.

Die Bezahlung für die Pläne Harrimans

Zwecks Liquidierung der Verpflichtungen der polnischen Regierung dem Harriman-Konzern gegenüber, für Anfertigung des Projekts über di Elektrifizierung des südwestlichen Gebiets von Polen, sowie des Elektro-Wasserwerks in Roznow, wurde der Finanzminister zur Auszahlung einer Summe von 100 000 Dollar, in Obligationen der 8 prozentigen Anleihe, durch die polnische Gesandschaft in Washington an den genannten Konzern ermächtigt und zwar nach dem Nominalwert. Diese Ausgabe wird im Budget des Ministeriums für Handel und Industrie für das Jahr 1934/35 verrechnet.

Zur Deckung der Ausgabe werden die Ersparnisse verwendet, welche aus der Ausgabenverringerung im Staatshaushalt vom 1. April 1933 bis 31. März 19334 herrühren.

Wiederwahl des Nikolaier Bürgermeisters

Erregte Debatte um die Denkmalzerstörung. — Ausschluss eines deutschen Stadtverordneten.

Es war vorauszusehen, dass die letzte Stadtverordnetensitzung in Nikolai nicht nur von Interesse für die Bürgerschaft, sondern auch sehr stürmisch sein würde. Demzufolge war der Zuhörerraum dicht besetzt. Nach den üblichen Formalitäten wurde, nach Erledigung einiger Angelegenheiten, die Zerstörung des Kriegerdenkmals Gegenstand einer erregten Auseinandersetzung. Als der Stadtverordnetenvorsteher mitteilte, dass das Denkmal vollkommen entfernt wird, forderte der ehemalige deutsche Sozialist Schweda, dass man nach den unbekannten Zerstörern des Denkmals suchen müsse, worauf der Korfantyparteiler Siewy seiner Meinung Ausdruck gab, dass man diese noch ehren müsse, weil damit der letzte Ueberrest preussischer Knechtschaft verschwunden sei. Es entspann sich nun eine stürmische Auseinandersetzung, die mit dem Ausschluss Schwedas aus der Sitzung endete und dem Beschluss, das Denkmal vollkommen zu entfernen, sowie den Platz zu pflastern.

Zur Abkühlung der diversen Gemüter wurde alsdann eine Pause eingesetzt, welcher die Wahl des Bürgermeisters folgte. Bürgermeister Koj wurde mit 18 Stimmen, bei zwei Stimmenthaltungen, wiedergewählt. Er nahm das Amt dankend an.

Diese denkwürdige Sitzung wird wohl noch lange in Nikolai Stadtgespräch sein, denn an Nationalismus in „Kilodosen" hat es dabei wahrlich nicht gefehlt. Als ob es jetzt nicht wichtigere Dinge zu behandeln gäbe, als der Kampf um alte Denkmäler.

Herausgeber: Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei in Polen, Bezirk Oberschlesien, Katowice, Dworcowa 11. — Schriftleitung: Johann Kowoll; für den Inhalt und Inserate verantwortlich Theodor Raiwa, beide in Katowice, Dworcowa 11
Druck: „Drukarnia Ludowa", Spółdz. z odp. udz., Katowice

ROTER SPORT

R. K. S. Jedność Zalenze — R. K. S. Bismarckhütte 2:2 (2:0).

Nachdem die Zalenzer bei dem Vorrundenspiel am vergangenen Sonntag mit so ungleich schwachen Leistungen aufwarteten, hatte das Rückspiel eigentlich an Interesse eingebüsst, da man die Bismarckhütter als sichere Sieger erwartete. Aber — der Mensch denkt, und der Kutscher lenkt! Es kam eben ganz anders. Bismarckhütte, auf eigenem Platz, erging es ebenso, wie vorher Jedność. Das ganze Spiel über mussten sie sich von den Gästen diktieren lassen und kamen zeitweise aus gefährlichen Umklammerungen nicht heraus. Warczok schiesst für Zalenze durch prachtvolle Vorlagen Gruschkas, der heute wieder den Rechtsaussenposten einnimmt, zwei Tore. Bis ca. 10 Minuten vor Schluss bleibt es bei diesem Verhältnis. Doch dann kommt das Verhängnis. Der Schiedsrichter Morgalla (Siła Janów) diktiert einen Elfmeter, der an den Pfosten geschossen wird, doch der Nachschuss lenkt das Leder in die Maschen. Allerdings roch die ganze Geschichte stark nach Abseits. Die Gäste sind verdattert durch die Entscheidung und Bismarckhütte nutzt diese Gelegenheit aus und überrumpelt die Zalenzer noch zum 2. Male, damit den Ausgleich erzielend. Wie wir hören, hat Zalenze gegen den Ausgang des Spieles Protest erhoben.

R. K. S. Wolność Zalenzerhalde — K. S. Radzionkau 3:0.

Einen schönen Erfolg konnten die Arbeitersportler am Feiertag in Radzionkau erringen, wo sie auf Einladung des dortigen K. S. ein Gastspiel geben und dasselbe in dieser Höhe verdient gewannen.

Wer wird Meister in der 3. Gruppe?

Nach gründlicher Ueberprüfung des Protestes Schoppinitz hat der T. A. für Fussball nunmehr der Gieschewalder Siła gegen den R. K. S. Tur die Punkte den Gieschewaldern zuerkannt, wodurch letztere die Chance erhalten, den Gruppenmeistertitel zu erobern.

Aus Gross-Kattowitz

Hyänen der Strasse.

Ein unangenehmes Abenteuer widerfuhr vor einiger Zeit auf der ulica Zamkowa in Kattowitz einem Händler aus Myslowitz. Er wurde von einer fragwürdigen Frauensperson zur späten Abendstunde angesprochen und begab sich in feuchtfröhlicher Stimmung in Begleitung dieser Frau in unbekannter Richtung. Auf der ulica Zamkowa vermisste der Händler plötzlich seine Begleiterin und sah sich zwei Männern gegenüber, welche ihm die Taschen durchwühlten und einen Geldbetrag von rund 250 Złoty entwendeten. Daraufhin flüchteten die Strassenräuber, doch wurden sie schon in kurzer Zeit von einer berittenen Polizeipatrouille eingeholt, die auf die Hilferufe des Ueberfallenen zur Stelle war und den Tätern nachsetzte. Seltsamerweise fand man bei der Leibesvisitation das geraubte Geld bei den Männern nicht vor und es ist anzunehmen, dass sie es unterwegs von sich warfen. Dieser Ueberfall kam am Freitag vor der Strafkammer Kattowitz zur Verhandlung. Das Gericht verurteilte die beiden Täter Andreas Matejaszczyk und Franz Tracz aus Kattowitz zu je 8 Monaten Gefängnis ohne Strafaufschub. Die mitangeklagte Frauensperson, welche den Händler ihren Komplizen sozusagen in die Arme getrieben hatte, um ihn ausrauben zu lassen, erhielt 7 Monate Gefängnis bei einer Bewährungsfrist von 5 Jahren.

Razzia auf Hausierer. Im Bereich von Kattowitz sind von der Polizei 19 Hausierer festgehalten worden, die nicht im Besitz des erforderlichen Patentes waren. Weitere 18 Hausierer waren nicht in der Lage, das Gewerbezeugnis vorzuweisen. Alle diese Personen werden sich demnächst wegen Uebertretung der geltenden Bestimmungen zu verantworten haben. Die meisten der Betroffenen sind allerdings Erwerbslose, die für sich und ihre Angehörigen aus dem Hausiererhandel den Lebensunterhalt bestreiten wollten und nicht in der Lage waren, die Gebühren für das Gewerbezeugnis aufzubringen.

DEUTSCHE THEATERGEMEINDE. Am Montag, den 6. ds. Mts. abends 8 Uhr gelangt im hiesigen Stadttheater im Abonnement A und B „Der Mann mit den grauen Schläfen", ein Lustspiel von Leo Lenz zum ersten Mal zur Aufführung.

Freitag, den 10. ds. Mts. abends 8 Uhr wird zum zweiten und letzten Mal „Der Wildschütz", die komische Oper von Albert Lortzing gegeben.

Königshütte und Umgebung

Wichtige Besprechungen im Rathaus

Vergangene Woche begaben sich die Genossen Kuzella und Mazurek sowie andere Mitglieder des Magistrats zum Stadtpräsidenten Spaltenstein um wichtige Tagesfragen zu besprechen. Bekanntlich wurden an die 280 Mann, deren dreimonatlicher Turnusurlaub abgelaufen ist in den Betrieben der Königshütte eingestellt. Seitens des Arbeitsnachweises wurde aber mehreren Arbeitern der zur Wiedereinstellung notwendige grüne Zettel vorenthalten, weil angeblich nach einem Rundschreiben der Wojewodschaft die beurlaubten Arbeiter als Entlassene gelten und nicht wieder eingestellt werden brauchen. Darum wurde auch der grüne Zettel den in Frage kommenden Personen nicht gewährt. Da es sich vorwiegend in diesen Fällen um Familienväter mit mehreren Kindern handelt, werden diese von der Massnahme schwer betroffen. Nachdem das Arbeitsamt von den übersandten Richtlinien nicht abweichen will, begab sich die angeführte Abordnung zum Stadtpräsidenten, um darüber eine Aussprache zu führen und Anhilfe zu erreichen. Es wurde bei der Aussprache u. a. ganz besonders darauf hingewiesen, dass seitens des Demobilmachungskommissars den beurlaubten Arbeiter stets die Zusicherung gegeben worden ist, dass sie nach Ablauf des Urlaubs wieder eingestellt werden und was bis jetzt immer geschehen ist. Anderseits ist die Verwaltung der Königshütte gewillt, die beurlaubten Arbeiter wieder einzustellen. Darum wurde gebeten keine Schwierigkeiten in der Einstellung zu machen, weil es selbst im Interesse der Stadt liegt, wenn die soziale Fürsorge nicht unnötig belastet wird. Hierbei wurde darauf hingewiesen, dass, wenn schon den Richtlinien Rechnung getragen werden soll, dass davon ledige oder bessergestellte Arbeiter erfasst werden sollen. Es wurde gefordert, dass die Wiedereinstellung erfolgen möge und dass hierzu notwendige veranlasst werden soll. Der Stadtpräsident wird sich in dieser Angelegenheit an die Wojewodschaft wenden und von der Auffassung dieser die Vorstelliggewordenen benachrichtigen.

Im Zusammenhang damit wurde der Wunsch ausgesprochen, dass die bisherigen 4 Abstemplungsstellen der Rentenquittungen vermehrt würden, weil der bisherige Zustand für die Dauer, und ganz besonders während der Winterzeit unhaltbar sein wird. Es wurde der Vorschlag unterbreitet, dass die Anzahl der Abstemplungsstellen verdoppelt werden möge oder die Bezirksvorsteher wie früher die Abstemplung vornehmen sollen. Nach Meinung des Stadtpräsidenten könnte letztere Handhabung nicht eingeführt werden, weil sie nicht ganz zuverlässig erscheint und der Stadt schon Verluste an die 3000 **Złoty eingebracht hat. Es wurde vielfach** früher bescheinigt, dass der in Frage kommende noch lebt, in Wirklichkeit der Todesfall vor Monaten erfolgt war. Durch die erfolgte Ueberzahlung müsste die Stadt den Verlust decken.

DEUTSCHES THEATER. Donnerstag, den 9. November, abends 8 Uhr: **„Der Mann mit den grauen Schläfen".** Lustspiel von Leo Lenz. Ausser Abonnement. Der Vorverkauf hat begonnen.

Siemianowitz und Umgebung

Lohndifferenzen in der Kesselfabrik W. Fitzner. Langwierige Lohndifferenzen zwischen der Belegschaft und der Verwaltung der Kesselfabrik kamen am vergangenen Dienstag zur Verhandlung vor dem Fachausschuss in Kattowitz. Hierbei lag folgender Tatbestand zu Grunde. Die Verwaltung vereinbarte unter Ausserachtlassung des Tarifvertrages mit einem Teil der Belegschaft einen vorübergehenden Lohnabbau. Dieser wurde von dem Betriebsrat am 1. April d. J. gekündigt, bis jetzt hatte die Verwaltung nicht darauf reagiert.

Vor dem Fachausschuss entschuldigte der Vertreter der Firma, dass die Regelung wegen der Sommerferien solange hinausgezögert wurde. Wegen dieser nicht stichhaltigen Versäumniss fordern die Arbeiter die rückwirkende Zahlung ab 1. April.

Falls sich die Parteien auf dieser Grundlage nicht binnen einer Woche einigen, wird diese Streitfrage dem Schlichtungsausschuss zur Erledigung überwiesen.

Tarnowitz. (Wunsch nach einem neuen Bürgermeister.) In der Stadtverordnetensitzung am 2. November sollte auch die Bestätigung des bisherigen Bürgermeisters, Dr. Michatz, der zugleich Wojewodschaftsrat der deutschen Fraktion ist, stattfinden, dessen Amtsperiode abgelaufen ist. Die Stadtväter bestätigten die weitere Tätigkeit nicht, sondern wollen die Wahl des neuen Bürgermeisters ausschreiben. Seit Jahren schon stürmen die Patrioten diesen Bürgermeisterposten an, da es für sie „unerträglich" ist, dass ein Deutscher in Polen Bürgermeister ist. Nicht die Fähigkeit entscheidet, sondern eben der Patriotismus.

VERSAMMLUNGS-KALENDER

Bund für Arbeiterbildung - Königshütte.

Mittwoch, den 8. November abends 7½ Uhr findet im grossen Saale des Volkshauses die allgemeine Mitgliederversammlung unserer Ortsgruppe statt, zu welcher alle der dem B. f. A. angehörenden Kulturvereine, Freie Gewerkschaften und D. S. A. P. hierdurch eingeladen sind.

Achtung! Mitgliedsausweise nicht vergessen!

Königshütte. Am Dienstag, den 7. November findet unsere fällige Monatsversammlung um 8 Uhr abends im Vereinszimmer des Volkshauses statt.

Da die Versammlung wichtig ist, werden die Mitglieder ersucht recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.